



Österreichischer
Städtebund

ZENTRUM FÜR
VERWALTUNGS
FORSCHUNG

K
D
Z

PRESSEMITTEILUNG

Investitionskraft der Städte stark gebremst

Auswirkungen von Konjunktur und Schuldenbremse: Städtebund und KDZ legen umfassende Finanzprognose für Städte und Gemeinden bis 2015 vor

Wien, 22.11.2011

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat spürbare Auswirkungen auf die Finanzgebarung der Städte und Gemeinden, denn trotz gesteigerter Einnahmen können die Ausfälle wegen ständig steigender Ausgaben nicht wettgemacht werden. Die nun von der Bundesregierung beschlossene Schuldenbremse könnte eine zusätzliche Verschärfung bringen, wenn keine flankierenden Maßnahmen beschlossen werden.

Dies geht aus einer aktuellen Finanzprognose für Städte und Gemeinden hervor, die das KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung im Auftrag des Österreichischen Städtebundes erstellt und gemeinsam mit Kooperationspartner Bank Austria heute, Dienstag, in Wien präsentiert hat.

Die Prognose im Detail

Die finanzielle Situation der Städte und Gemeinden in Österreich stabilisiert sich auf einem niedrigen Niveau. Die Ertragsanteile haben sich gegenüber dem Vorjahr um 57 Millionen Euro reduziert, die weiteren Einnahmen wachsen 2010 nur in einem geringen Ausmaß und ausgabenseitig ist ein geringer Anstieg zu verzeichnen. Der Zinsaufwand sinkt erheblich, die Transferzahlungen steigen jedoch stark an – innerhalb eines Jahres von 2009 auf 2010 um 180 Millionen Euro.

Die finanzielle Lage der Gemeinden bleibt weiterhin angespannt. Die Ertragskraft liegt mit der Öffentlichen Sparquote um rund ein Drittel unter den Werten der Jahre vor 2008 und die Freie Finanzspitze ist in Summe Null, sodass sich die Investitionstätigkeit rückläufig zeigt. 2010 wurde um 300 Millionen Euro weniger investiert als in den Vorjahren.

Kein sicheres Land in Sicht

In den nächsten Jahren ist mit keiner wesentlichen Verbesserung der Gemeindefinanzen zu rechnen. 2011 werden stark steigende Ertragseinnahmen aufgrund einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung und des Auslaufens des Konsolidierungsbeitrages erwartet. 2012 steigen die Ertragsanteile nicht mehr so stark. Zinsen und Transfers werden wieder anwachsen und die Überschüsse der laufenden Gebarung werden nach einer kurzfristigen Verbesserung bis 2011 stetig verringert.

Maßnahmen gefordert

Durch diese trüben Aussichten wird am Konsolidierungskurs weiterhin festgehalten werden. „Es gilt hier Einsparungspotentiale auszuloten. Das reicht von einer Verwaltungsvereinfachung bis hin zu umfassenden Strukturreformen. Die Schuldenbremse braucht eine Aufgaben- und

KDZ - Zentrum für Verwaltungsforschung

Guglgasse 13 · A-1110 Wien · T: +43 1 892 34 92-0 · F: -20 · institut@kdz.or.at · www.kdz.or.at

Transferbremse“, meint Peter Biwald, Geschäftsführer des KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung.

Wolfgang Figl, Leiter des Bereichs Public Sector in der Bank Austria: „Die finanzielle Situation Österreichs Kommunen ist großteils sehr angespannt. Neben den aktuell ungünstigeren Konjunkturaussichten, liegen die kommunalen Einnahmen weiter unter Vorkrisenniveau. Als der strategische Finanzpartner der Kommunen wollen wir gemeinsam mit dem KDZ und dem Städtebund die Gemeinden unterstützen. Dies tun wir unter anderem mit der Bereitstellung von kostenlosen Analysetools, mit deren Hilfe die Gemeinden ihre Finanzplanung auf einfachem Wege verbessern und Einsparungspotenziale erheben können.“

Schuldenbremse als zusätzliche Hürde

Die durch die Bundesregierung beschlossene Schuldenbremse könnte weitreichende Auswirkungen auf die Finanzierung von Städten und Gemeinden haben. Der Österreichische Städtebund fordert daher, dass bei einer Festschreibung des Schuldenabbaus auch die „Pflichtausgaben“, also die zahlreichen, sehr stark anwachsenden Transferleistungen, die Städte und Gemeinden an die Bundesländer leisten, gedeckelt werden. Generalsekretär Thomas Weninger: „Es muss klar sein, dass, wenn das finanzielle Korsett enger wird, auch kein Millimeter mehr Platz ist für neue Aufgaben, die der Bund an Länder und Gemeinden delegiert, die dann die Umsetzung selbst finanzieren müssen“, so Weninger.

Er fordert parallel zur Schuldenbremse ein „Finanzierungs-Reformpaket“: „Mittelfristig können nur durch echte Strukturreformen die Leistungen der Städte und Gemeinden abgesichert werden: etwa durch eine Neuverteilung der Aufgaben und Ausgaben und einer umfassenden Struktur- und Verwaltungsreform, um Doppelgleisigkeiten und Mehrfachzuständigkeiten zwischen Ländern und Gemeinden zu beseitigen. Städte sind Wirtschaftsmotoren, die dazu beitragen, die Konjunktur zu stabilisieren und damit Beschäftigung vor Ort speziell für Klein- und Mittelunternehmen zu sichern“, so Weninger.

Rückfragehinweis:

Mag. Saskia Sautner
Österreichischer Städtebund

Rathaus, A-1082 Wien
Telefon: +43 1 4000-89990
<mailto:saskia.sautner@staedtebund.gv.at>
www.staedtebund.gv.at

Mag. Michaela Bareis MA
KDZ - Zentrum für Verwaltungsforschung

Guglgasse 13, 1110 Wien
Telefon: +43 1 8923492-17
<mailto:bareis@kdz.or.at>
www.kdz.or.at